

European Public Sphere

Gestaltung der digitalen Souveränität
Europas

Henning Kagermann, Ulrich Wilhelm
(Hrsg.)

Digitale Souveränität

Digitale Souveränität ist nicht nur eine Frage der technologischen Wettbewerbsfähigkeit. Sie ist auch eine Frage der politischen und sozialen Selbstbestimmtheit Europas, der Innovationskraft von Unternehmen und der Freiheit der Forschungseinrichtungen. Eine europäisch geprägte Digitale Souveränität muss dabei auf einen eigenständigen Weg setzen: Weder staatliche Eingriffe und Abschottung im Sinne einer „Great Firewall“ noch ein Handlungsverzicht und das Folgen reiner Marktlogiken können Ziele sein. Die Idee einer Digitalen Souveränität europäischer Prägung zielt stattdessen auf eine Digitalisierung ab, die Wahlfreiheit lässt, die europäischen Rechts- und Wertevorstellungen folgt, die Räume für Bildung und Solidarität stärkt, die sich der Welt öffnet und fairen Wettbewerb fördert.

Europa fehlt eine gemeinsame digitale Infrastruktur für zentrale Bereiche des öffentlichen Raums

Die Corona-Pandemie hat sowohl die Potenziale einer digitalen Gesellschaft aufgezeigt als auch schonungslos das Fehlen einer eigenen digitalen Infrastruktur offenbart, unter anderem im Bereich E-Government, im Gesundheitswesen und im Bildungswesen. Europa muss sich jetzt an einen umfassenden Lösungsansatz wagen. Ziel ist es, ein digitales Ökosystem zu schaffen, das unsere europäischen Wertevorstellungen abbildet und Transparenz, Schutz der Privatsphäre vor Datenmissbrauch und Fairness gewährleistet – ein Ökosystem, das auf die Gestaltungshoheit Europas und die demokratische Kontrolle durch seine Bürgerinnen und Bürger setzt. Der Vorschlag für eine [European Public Sphere \(acatech IMPULS 2020\)](#) zeigt den europäischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern einen konkreten Weg auf, die digitale Souveränität Europas im

öffentlichen Raum zu stärken und sie gerade nicht nur als industriepolitisches, sondern als demokratiepolitisches Ziel zu verstehen. Eine solche technische Infrastruktur muss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen werden, um der Monopolstellung der großen Anbieter etwas entgegenzusetzen.

- Staatliche und öffentliche Institutionen müssen dabei eine aktiv gestaltende Rolle einnehmen, Regulierung allein ist nicht genug. Auch in der digitalen Welt muss die Maxime aus der analogen gelten: Der Staat gewährleistet im Rahmen seiner Daseinsvorsorge eine gemeinwohlorientierte Infrastruktur als Grundlage für das kulturelle, soziale und gesellschaftliche Zusammenleben in Europa sowie für die individuelle wirtschaftliche Betätigung. Eine besondere Rolle kommt hierbei der Wissenschaft zu, soziotechnische Innovationen zu fördern.
- Dazu benötigt die European Public Sphere eine partizipative Führungsstruktur (Governance), die die Balance zwischen staatlicher Steuerung und Impulssetzung, zivilgesellschaftlicher Beteiligung, wissenschaftlicher Begleitung sowie marktwirtschaftlicher Entfaltung schafft. Diese Governance-Struktur ist zwar grundsätzlich als gesamteuropäisches Projekt angedacht, jedoch könnten insbesondere Deutschland mit Frankreich als Partner vorangehen, die Entwicklungen anstoßen und die ersten, mit ausreichend Mitteln hinterlegten Strukturen schaffen.
- Ferner muss die European Public Sphere Synergien schöpfen, indem sie die zahlreichen Initiativen verbindet, die es in Europa gerade im Bereich der digitalen Selbstbestimmung durchaus gibt. Dazu gehören das Cloud-Infrastrukturprojekt GAIA-X¹, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Digitalagentur und Initiativen zur Förderung der digitalen Identität sowie der Prototype Fund² des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

1 | Mit GAIA-X entwickeln Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik auf europäischer Ebene einen Vorschlag zur Gestaltung der nächsten Generation einer europäischen Dateninfrastruktur.
2 | Der Prototype Fund ist ein Projekt der Open Knowledge Foundation Deutschland e. V., das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird.



Das Ziel digitaler Selbst- und Mitbestimmung in Europa könnte durch das Konzept der European Public Sphere in vielfältigen Bereichen realisiert werden.

- **Stärkung der öffentlichen Meinungsbildung in einem offenen digitalen Raum:** Die European Public Sphere arbeitet mit transparenten, offenen und beteiligungsorientierten Technologien, Standards und Nutzungsregeln, um das fragile Gleichgewicht zwischen sich viral verbreitenden Falschinformationen und Hassreden auf der einen und dem Recht auf freie Meinungsäußerung auf der anderen Seite immer wieder auszubalancieren. Ein offener Diskurs wird sichergestellt; Fake News, Filterblasen und Polarisierung wird entgegengewirkt. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa erhalten Zugang zu verschiedensten Medieninhalten – etwa des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, von privaten Rundfunkanbietern, Verlagen, Institutionen aus Wissenschaft und Kultur wie Universitäten, Theatern und Museen und vielen Einrichtungen mehr. Mittels KI-basierter Übersetzung können diese Inhalte innerhalb des europäischen Sprachraums genutzt werden. Dies ermöglicht den direkten Diskurs über Sprach- und Ländergrenzen hinweg. So eröffnen sich für ein europaweites Publikum neue Perspektiven auf relevante Themen von übergreifender Bedeutung. Dadurch entsteht eine europäische Öffentlichkeit.
- **Datenschatz mit Datenschutz:** Ein Zusammenspiel der Governance-Struktur und der Technologien der European Public Sphere trägt zu einem hohen Datenschutz bei. Im Gegensatz zu den heutigen Plattformen behalten Nutzerinnen und Nutzer die Kontrolle über ihre Daten und können souverän über ihre Nutzung verfügen. Gleichzeitig können Daten von Anbieterinnen und Anbietern unter Einhaltung strenger Regeln und Rückgriff auf offene und rechenschaftspflichtige Technologien erschlossen und so für die Schaffung von Innovationen genutzt werden. Hierbei zahlt die Initiative auf verschiedene aktuelle Entwicklungen ein – etwa die Datenstrategie der Bundesregierung, die Datenstrategie der Europäischen Union oder den Vorschlag für einen Data Governance Act.
- **Beschleuniger für europäische Lösungen in weiteren Bereichen:** Die modularen und offenen Technologien der European Public Sphere können auch dazu beitragen, dass Europa eigene digitale Antworten auf die aktuellen Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft geben kann. Gleiches gilt für die digitalen Lösungen – die europäischen

Bürgerinnen und Bürger könnten damit direkter am politischen Prozess sowie am E-Government teilhaben.

- **Verringerung der Marktmacht in digitalen Märkten, insbesondere dominanter ausländischer Akteure:** Bestehende Plattformen werden durch die European Public Sphere mit einer wachsenden Vielfalt attraktiver Angebote konfrontiert. Unternehmen, zivilgesellschaftliche Initiativen oder Kultur- und Bildungseinrichtungen können mithilfe des modular konzipierten Technologiebaukastens der European Public Sphere und der Netzwerkeffekte im EPS-Ökosystem vielfältige attraktive digitale Angebote schaffen, die eine wertorientierte Grundlage und nutzerzentrierte Entwicklung verbinden.

Entschlossenes Handeln ist jetzt erforderlich, um in Europa eine gemeinsame digitale Infrastruktur ohne Zeitverzug aufzubauen.

Konkrete nächste Schritte:

- Im ersten Schritt sollte eine Digitalagentur als öffentlich-rechtliche Einheit den gemeinwohlorientierten Auftrag übernehmen, ein digitales Ökosystem aufzubauen. Dies geschieht beispielsweise durch Normen- und Standardsetzung, Innovationswettbewerbe und Vergabe von Fördermitteln.
- Diese Mittel kommen den Mitgliedern der zweiten Säule, der European Public Sphere Alliance (EPS-Alliance) als Allianz relevanter Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft zugute. Im Gegenzug entwickeln diese Akteure (zum Beispiel Unternehmen, Start-ups, Projekte oder öffentlich-rechtliche Einheiten) Technologien und Angebote für das EPS-Ökosystem.
- Gleichzeitig verpflichten sich die Akteure zum europäischen Wertekanon und zu einer gemeinwohlorientierten Ausrichtung, insbesondere zu einer Open-Source-Strategie für EPS-Technologien, die ihre Weiterverwendung und öffentliche Überprüfbarkeit ermöglicht.
- Flankierende Maßnahmen können die Entstehung der European Public Sphere unterstützen, wirken aber erst mittelfristig. So besteht die begründete Hoffnung, dass die EU-Kommission mit dem Digital Markets Act und dem Digital Services Act³ dazu beitragen kann, dominante internationale Plattformen hinsichtlich ihrer Schlüsselrolle (Gatekeeper) und der von ihnen verbreiteten Inhalte stärker in die Verantwortung zu nehmen.

3 | Das Gesetz über digitale Märkte stellt sicher, dass es auf diesen Plattformen fair zugeht. Gemeinsam mit dem Gesetz über digitale Dienste ist das Gesetz über digitale Märkte eines der Kernelemente der EU-Digitalstrategie.



Herausgeber:

Prof. Dr. Dr.-Ing. E. h. Henning Kagermann
acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften
Pariser Platz 4a
10117 Berlin

Ulrich Wilhelm
acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften
Karolinenplatz 4
80333 München

Reihenherausgeber: acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, 2021

Geschäftsstelle

Karolinenplatz 4
80333 München
T +49 (0)89/52 03 09-0
F +49 (0)89/52 03 09-900

Hauptstadtbüro

Pariser Platz 4a
10117 Berlin
T +49 (0)30/2 06 30 96-0
F +49 (0)30/2 06 30 96-11

Brüssel-Büro

Rue d'Egmont/Egmontstraat 13
1000 Brussels (Belgium)
T +32 (0)2/2 13 81-80
F +32 (0)2/2 13 81-89

www.acatech.de
info@acatech.de

Vorstand i.S.v. § 26 BGB: Karl-Heinz Streibich, Prof. Dr.-Ing. Johann-Dietrich Wörner, Prof. Dr.-Ing. Jürgen Gausemeier, Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl (Amt ruht derzeit), Dr. Stefan Oschmann, Dr.-Ing. Reinhard Ploss, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Prof. Dr.-Ing. Thomas Weber, Manfred Rauhmeier, Prof. Dr. Martina Schraudner